

Rüstung und Militär abschaffen - Konflikte gewaltfrei austragen

Christine Schweitzer

Dies waren die Ziele, mit denen der Bund für Soziale Verteidigung vor 25 Jahren ins Leben gerufen wurde. Einer großen Konferenz zur Sozialen Verteidigung mit über 1000 TeilnehmerInnen in Minden 1988 folgte die Gründung des Verbandes ein Jahr später.

Viel ist seitdem geschehen: Die Ost-West-Konfrontation, bei der ein alles vernichtender Atomkrieg zwischen den Supermächten die Drohung war, die einen instabilen Frieden aufrecht erhielt, ging 1989 mit dem Zusammenbruch des östlichen Blocks zu Ende. Es folgte eine kurze Zeit, in der Abrüstung möglich schien – die Kampagne „Bundesrepublik ohne Armee“, die erste Kampagne, die vom BSV ins Leben gerufen wurde, zielte auf eine Abschaffung der Bundeswehr. Doch nur zu bald schälte sich heraus, dass die Kräfte, die von Rüstung und Militär profitieren, stark waren. Neue „Bedrohungen“ wurden erfunden und gefunden: ein Konzept erweiterter Sicherheit, bei dem der Schutz freier Handelswege und der Reichen vor den Armen („Festung Europa“) im Mittelpunkt stehen, ersetzte die alten Bedrohungsszenarien, mit denen die NATO und ihre Mitglieder die fortgesetzte Existenz des Militärs rechtfertigten. Und dafür rüsteten sie sich, von der Modernisierung der weiterhin bestehenden Atomwaffen bis zum Bau und Einsatz bewaffneter Drohnen. Und neue Kriege, viele von ihnen direkte oder indirekte Folge des Zusammenbruchs des vorherigen weltpolitischen Systems und von teilweise genozidalem Ausmaß (Ruanda), lehrten uns schnell, dass Alternativen gewaltfreier, ziviler Konfliktbearbeitung in weltweitem Umfang nötig waren, sollten nicht neue Krisen zu immer mehr Krieg und Gewalt führen.

Krieg ist inzwischen wieder zu einem „normalen“ Mittel der Politik geworden.

Und am Horizont zeichnen sich angesichts der voraussehbaren Endlichkeit des Wirtschaftswachstums, auf dem das derzeitige Weltsystem beruht, und der Umweltzerstörung neue Konflikte ab, die wir uns noch gar nicht ausmalen können oder mögen. Zwar war und ist Deutschland inzwischen ‚von Freunden umgeben‘, so dass die Propagierung von Sozialer Verteidigung als Alternative zu militärischer Verteidigung im Falle eines Angriffs weniger wichtig scheint, aber umso wichtiger sind Zivile Konfliktbearbeitung im In- und Ausland, gewaltfreie Intervention in Konflikte und Krisenprävention geworden.

2014 jähren sich der Beginn des Ersten Weltkriegs zum 100. Mal und der des Zweiten Weltkriegs zum 75. Mal. Wer einen historischen Blick zurückwirft und an die Diskussionen über Krieg und Frieden vor dem Ersten und in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen denkt, wird sich des Eindrucks eines Déjà-vu kaum erwehren können. So viel hat sich gar nicht geändert, auch nicht an den Ideen, wie Krieg überwunden werden könnte. Die Grundansätze bleiben:

- Schaffung einer internationalen Rechtsordnung, die Krieg als Mittel des Konfliktaustrags ersetzt. Zwar sind wir mit den Vereinten Nationen und dem Internationalen Strafgerichtshof diesem Ziel viel näher gekommen, als die PazifistInnen aus der Zeit der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert es sich träumen ließen, aber wir sehen auch, dass sie nicht ausreichen, alle Kriege zu verhindern.
- Antimilitaristische Aktion gegen Rüstung und Militär: Hier mögen sich die Aktionsformen verändert haben, aber die Idee, durch direkte Aktion Rüstungsproduktion und das Militär anzugehen, lebt ebenfalls weiter, in gewaltfreien Aktionen vor und in Militärstandorten



Die „Dicke Bertha“ vor Lüttich 1914
Foto: Hermann Rex/Wikimedia



Deutsche Soldaten an der polnischen Grenze 1939
Foto: Hans Sönneke/Wikimedia



Gründung des Bund für Soziale Verteidigung mit Christine Schweitzer (heutige Co-Geschäftsführerin), Petra Kelly (damalige Co-Vorsitzende), Martin Singe (Grundrechtskomitee) und Theodor Ebert (damaliger Co-Vorsitzender) 1989. Foto: BSV

Diesmal

Fachgespräch über „Gewaltfreiheit“
Bundestagswahl und Frieden
Europäische Union und Frieden
Tagung über „Friedens(t)räume“
u.a.m.



Meine Aufgaben beim BSV umfassen neben der Öffentlichkeitsarbeit (u.a. als Rundbrief-Redakteur) auch die Bildungsarbeit. Heute nutze ich einmal die eine Aufgabe (d.h. das Rundbrief-Editorial), um auf die andere Aufgabe hinzuweisen:

Um die Möglichkeit der Zivilen Konfliktbearbeitung in den Konfliktregionen in Nordafrika und im Nahen Osten zu verbreiten, bietet der BSV noch bis Ende Januar 2014 zu 100 % bezuschusste Projektstage an und für Schulen an. Das Angebot umfasst vier alternative Themen: ein Zeitzeugen-Projekt zum „Arabischen Frühling“ in Ägypten, ein Ausstellungsprojekt zum Zivilen Peacekeeping u.a. im (Süd-)Sudan, ein Projekt zu Schule, Religion und Politik in Israel und Palästina sowie ein Theater-Projekt zu Gesellschaft und Politik im Irak. Diese Themen sollen in die Bearbeitung und Analyse der Konflikte sowie deren Bedeutung für die Betroffenen einführen.

Die Projektstage richten sich vor allem an Lerngruppen (Klassen oder Kurse) der Sekundarstufe II. Sie können sich auf die Fachbereiche Geschichte, Erdkunde, Politik, Englisch, Religion, Pädagogik und Theater beziehen. Die Tage werden betreut von ein bzw. zwei Referenten des BSV. Dafür suchen wir noch ziemlich dringend Schulleitungen bzw. LehrerInnen, die dieses Angebot mit uns umsetzen wollen. Also lautet unsere Bitte an alle, die mit Schulen zu tun haben (und wer hat das nicht?): Helft/helfen Sie uns - und der Friedensbildung. Nähere Informationen gibt es im BSV-Büro, bei dosch@soziale-verteidigung.de oder unter www.friedensbildung-nrw.de/ReferentInnen.

Vielen Dank, Kai-Uwe Dosch

wie in Aktionen kritischer Aktionäre von Rüstungsfirmen.

- Verweigerung der Beteiligung an Krieg: Auch Kriegsdienstverweigerung hat sich in ihrem Charakter verändert, besonders dort, wo, wie in Deutschland, die Wehrpflicht abgeschaffen wurde. Verweigerung bedeutet heute u.a. in einem weiteren Sinne auch, sich den Werbemaßnahmen zu widersetzen, mit dem das Militär versucht, junge Menschen (heute: beiderlei Geschlechts) für den Dienst an der Waffe zu begeistern.

- Alternative Formen gewaltfreier Konfliktaustragung entwickeln, propagieren und wo immer möglich auch direkt umsetzen. Kurz vor dem Zweiten Weltkrieg entwarf der niederländische Pazifist und Antimilitarist Bart de Ligt das erste Konzept einer gewaltfreien Volksverteidigung, ein Vorläufer der Sozialen Verteidigung. Heute reden wir von den vielfältigen Verfahren und Instrumenten Ziviler Konfliktbearbeitung und von Unbewaffnetem Zivilem Peacekeeping als Alternative zu militärischen Einsätzen.

- Im Alltag ansetzen und versuchen, unsere Lebensweise so zu ändern bzw. unser Leben so zu führen, dass es so wenig wie möglich auf Gewalt gestützt ist – militärische Gewalt, um die notwendigen Rohstoffe, die wir für unsere Technik brauchen, zu sichern (von Öl bis Coltan), Gewalt gegen Tiere, die wir meinen, essen zu müssen, Gewalt gegen die Umwelt, weil bestimmte Aspekte unseres Lebensstandards nicht ohne Umweltzerstörung auskommen (CO₂-Ausstoß etc.).

- Damit verwandt: Über Bildung, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, eine Einstellungsänderung herbeiführen, so dass Krieg undenkbar wird und die nächste Generation lernt, ihre Konflikte ohne den Einsatz von Gewalt zu bewältigen (Friedensbildung/-pädagogik).

Bedeutet die Feststellung, dass es „alles schon lange gegeben hat“, nun, dass es ja alles zwecklos ist? Nichts liegt ferner als diese Folgerung. Im Gegenteil: In all

den genannten Bereichen hat es in den letzten hundert Jahren Fortschritte gegeben. Die Zahl der Kriege ist gegenüber früheren Zeiten deutlich zurückgegangen. Kriegsverbrecher und Massenmörder müssen heute damit rechnen, sich vor einem internationalen Gericht zu verantworten. Umweltschutz, weltweite Gerechtigkeit, eine ethisch vertretbare und umweltgerechte Lebensweise sind keine Fremdwörter mehr – weder bei uns noch in den meisten anderen Ländern der Welt.

Noch reicht es nicht aus, und wir wissen auch nicht, ob es jemals ausreichen wird. Aber es gilt, immer wieder neu darüber nachzudenken, mit welchen Strategien wir dem Ziel, Militär und Rüstung abzuschaffen und durch gewaltfreie Alternativen der Konfliktbearbeitung zu ersetzen, näher kommen können. Unser eigener Jahrestag im BSV und die beiden weltpolitischen Jahrestage, die 2014 alle zusammenfallen werden, sind ein guter Anlass dafür. Wir hoffen deshalb, möglichst viele Mitstreiterinnen und Mitstreiter auf unserer Tagung „Frieden(t)räume schaffen“ im März begrüßen zu dürfen.

Christine Schweitzer ist Co-Geschäftsführerin im BSV.

Training für eine gewaltfreie Aktion gegen die NATO in Strasbourg 2009, wozu auch der BSV aufgerufen hatte. Foto: DFG-VK



Der Tanz um den Begriff „Gewaltfreiheit“

Zu Gast beim BSV-Fachgespräch

Bernd Roßa

Ich war neugierig und gespannt, AkteurInnen der aktuellen Friedensbewegung und anderer sozialer und antikapitalistischer Bewegungen in der Auseinandersetzung mit dem Tagungsthema „Gewaltfreiheit – Aktionsform, Handlungsmaxime oder Ideologie?“ zu erleben.

Ein Thema, wichtig für alle Menschen, denen die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft in Richtung der Befreiung des Menschen aus der Unmündigkeit und Fremdherrschaft (siehe zum Beispiel Marcuse), in Richtung auf ein gewaltfreies und selbstbestimmtes Leben wichtig ist.

In ihrer Einleitung verdeutlichte Christine Schweitzer vom BSV die Fragestellungen. Sie umriss unter anderem, wie Kooperationen und Bündnisse unterschiedlicher Spektren der Bewegung möglich werden können, wie bestimmte Aktionen und Aktionsformen wirken und welche AkteurInnen sich daran beteiligen können oder wollen. Diese und andere Fragen sind angesichts der parteipolitischen Entwicklung in Berlin derzeit sehr aktuell: Hier schließen sich die großen bürgerlichen Parteien zu Bündnissen zusammen, während sich – nach meiner Wahrnehmung – die unterschiedlichen AkteurInnen der sozialen Bewegungen außerhalb des Parlamentarismus eher zersplittern, spalten und so wenig Schlagkraft, zum Beispiel gegen Ausbeutung, Rüstung, Umwelt-

zerstörung etc., entwickeln können.

Im Folgenden stelle ich meine Wahrnehmungen und Eindrücke aus der Diskussion dar, die im Panel durch Inputs von Hanna Poddig („Widerstandsnomadin“), Renate Wanie (Werkstatt für gewaltfreie Aktion, Baden) und Monty Schädel (DFG-VK) in ihren vielfältigen Aspekten und auch in ihren Differenzierungen und Differenzen deutlich wurden. Die Ausführungen haben keinen Anspruch einer umfassenden Darstellung, sind subjektiv und selektiv.

Das Thema der Gewaltfreiheit ist offensichtlich gekennzeichnet durch unterschiedliche Standpunkte, die sich in Definitionen politischer Begriffe und Konzepte (wie zum Beispiel des zivilen Ungehorsams), aber auch in Machtkämpfen über diese Definitionshoheit (Hanna Poddig) äußern. So steht die Frage im Raum, ob ziviler Ungehorsam als Konzept ausschließlich gewaltfrei verstanden werden kann oder auch für die Beschreibung anderer Aktionsformen verwendet wird. Unterschiedlich gesehen wurde auch das Verhalten von BündnispartnerInnen in spezifischen Situationen: Sollen sie sich offen zu Aktionen bekennen oder nicht? Sollen sie sich verhaften lassen oder nicht? Sollen sie zermürbende Auseinandersetzungen vor Gerichten riskieren, bewusst einplanen oder nicht – um Kräfte anderweitig zur Verfügung zu haben?

Ebenfalls wurde der nicht immer vorhandene respektvolle, tolerante Umgang in einem herrschaftsfreien Diskurs in den Reihen der Bewegungen mit den unterschiedlichen Standpunkten angesprochen. Zum Beispiel wurden TeilnehmerInnen einer Aktion gegen ein Genmaisfeld von anderen AkteurInnen beschimpft, weil diese den nach ihrer Meinung für eine gewaltfreie Aktion notwendigen Gerichtsprozess vermieden haben. Die „Wirkmächtigkeit“ und „Ideologisierung“ des Begriffes wurde dadurch sehr deutlich. Dies kann zur Folge haben, dass gemeinsame Aktionen unbefriedigend ablaufen, eventuell sogar erfolglos sind, Bündnisse zerbrechen oder nicht wieder hergestellt werden können.

Wichtig waren für mich die Wortbeiträge von Renate Wanie, die dazu aufrief,

in den internen Auseinandersetzungen zwischen Person, Rolle und Position zu differenzieren. Das ist nicht nur intern für einen herrschaftsfreien emanzipativen politischen Diskurs eminent wichtig, sondern auch in der Auseinandersetzung mit den politischen GegnerInnen. Daraus folgt ein Aufruf von Frau Wanie für mehr Mitmenschlichkeit, Toleranz und eine gewaltfreie Kommunikation in der eigenen Bewegung.

In der Podiumsdiskussion wurde ein Tanz um den Begriff der Gewaltfreiheit deutlich: Für die einen eine zentrale Handlungsmaxime in Aktionen, für die anderen eine negative Definition und Einschränkung, für manche eine Lebenshaltung, für manche „nur“ eine Aktionsform unter vielen. Diese unterschiedlichen Standpunkte wurden nachmittags in den themenzentrierten Tischen im World Café vertieft.

Meine Erkenntnis zu diesem Thema: Die Diskussion des Begriffes Gewaltfreiheit darf kein Selbstzweck sein. Das Ziel muss sein, einen verbindlichen Konsens über die zu verwendenden Mittel und Toleranz für die unterschiedlichen Aktionsformen nach Absprache klar zu definieren und einzuhalten. Neben der begrifflichen Diskussion muss es um Inhalte, Ziele, Zwecke und Mittel der jeweiligen Aktion gehen. Nur so sind Bündnisse zu vereinbaren und auch die Einhaltung der Absprachen zu überprüfen. Die beklagte „Wirkmächtigkeit“ und „Ideologisierung“ der Begriffe kann manche Aktionsform beeinträchtigen. Es geht darum, und das wurde von vielen deutlich ausgedrückt, die Menschen, viele Menschen zu gewinnen und dabei den Angstfaktor bei diesen und auch bei den eigenen AkteurInnen zu beachten (R. Wanie). Auch der Tag nach der Aktion mit den Folgen sollte im Auge behalten werden. Offensichtlich ermöglichen unter anderem Kreativität, Toleranz und Akzeptanz bei Inhalten und Zielen Bündnisse.

Der Begriff Gewaltfreiheit wird auch im Vorfeld von Aktionen an die BündnispartnerInnen herangetragen. In Gesprächen mit der Presse wird häufig gefragt, inwiefern die Aktionen „gewaltfrei“ ablaufen. Auch hier gilt es, sich nicht ständig zu rechtfertigen, den „Begriff inhaltlich



und sprachlich zu umtanzen“ und sich in Widersprüche oder hinterher für nicht vorhersagbare Entwicklungen zu entschuldigen. In den Mittelpunkt sollten (müssen?) immer die Inhalte, Ziele, Zwecke und Mittel gestellt werden.

Die Diskussionen nach dem Mittagessen im „World Café“ zu den im Panel formulierten Fragen waren für mich eine gute Methode, sich in kleinen Gruppen weiter mit den verschiedenen Positionen auseinander zu setzen und auch die Menschen hinter diesen näher kennenzulernen.

Zur abschließenden Zusammenfassung des Gesprächs zum Thema „Was brauchen wir für Bündnisse?“ gebe ich als Anregung die Überlegung mit, inwieweit Gruppen mit den an sich „gewaltbereiten gesellschaftlichen Organisationen“ (so ein Tagungsteilnehmer) wie Kirchen und Gewerkschaften Bündnisse schließen wollen und können. Dort gab und gibt es Kräfte, die sich thematisch und aktionsmäßig in die vielfältigen Aufgaben und Aktionsformen einmischen und somit ermöglichen können, viele Menschen für die angesprochenen Themen der Zukunft dieser Gesellschaft zu bewegen. In diesen Organisationen gibt es ebenfalls



Auf dem Podium diskutierten (v.l.n.r.) Renate Wanie (WfGA), Hanna Poddig und Monty Schädel (DFG-VK), moderiert von Sarah Roßa (BSV)
Foto: Christine Schweitzer/BSV

die Auseinandersetzung um die Frage „Was ist Gewaltfreiheit?“ oder „Welches Maß von Gewalt ist notwendig, um gesellschaftliche Veränderungen für die betroffenen Menschen zu bewirken?“

Aufgeschnappt und für gut befunden habe ich in diesem Kontext eine Bemerkung, wir sollten uns „nicht nur in Blasen bewegen“ - eine selbstkritische Bemerkung. Veränderungen sind nur durch die Mitnahme vieler Menschen zu bewirken.

Der Ablauf des Gesprächs über den Tag

war klar strukturiert, der BSV ein guter Gastgeber, auch im Sinne der Versorgung der Teilnehmenden. Danke allen an der Organisation beteiligten Menschen.

Bernd Roßa ist 62 Jahre alt, hat 1967 in Zeiten des Kalten Krieges den Kriegsdienst verweigert, war 1968 aktiv in der Lehrlingsbewegung und der außerparlamentarischen Opposition, später in der Friedensbewegung und der Gewerkschaft, nach 35 Jahren Pause durch Beruf, Familie und andere Schwerpunktsetzung, neu politisch aktiviert durch die Kinder.

Eine ausführliche Dokumentation des Fachgesprächs wird innerhalb der nächsten Monate erscheinen.

Neue Reihe von Informationsblättern

Der BSV intensiviert seine Informationsarbeit durch eine neue Reihe von Informationsblättern: In den letzten Monaten sind mehrere Infoblättern zu dem Thema Rüstung und Militär erstellt werden. Die Reihe zu Rüstung und Militär ergänzt die schon bestehenden Reihen zu Gewaltfreiheit / Zivile Konfliktbearbeitung, zu internationalen Konflikten und zu Themen Gewaltfreier Intervention.

Zweck der Informationsblätter (oder fact sheets) ist, grundlegende Fakten und Informationen zu dem jeweiligen Thema darzustellen und durch Literaturhinweise bzw. Links Hinweise für die nähere Beschäftigung mit ihm zu geben.

Die Reihen umfassen derzeit:

Gewaltfreie Aktion und Soziale Verteidigung

- Gewaltfreie Aktion und Ziviler Ungehorsam
- Backfire – wann geht ein Angriff nach hinten los?
- Geschlechterverhältnisse in Krieg und Frieden
- „Gewaltfreiheit“?, „Gütekraft“!
- Soziale Verteidigung

Rüstung und Militär

- Militarisierung der EU
- Militärische Drohnen
- Militär, Militarisierung und Bildung
- Atomwaffen

- Kleinwaffen und leichte Waffen
- Private Militärfirmen

Gewaltfreie Intervention und Zivile Konfliktbearbeitung international

- Ziviles Peacekeeping
- Zivile Konfliktbearbeitung in der deutschen Politik: Wieviel wird wofür ausgegeben?
- Einwände und Antworten zur Wirksamkeit Ziviler Konfliktbearbeitung

Internationale Konflikte

- Afghanistan (Shorish-Friedensplan)
- Gewaltfreiheit in Syrien

BürgerInnen fragen – PolitikerInnen antworten

Friedenspolitische Themen bei der Bundestagswahl 2013

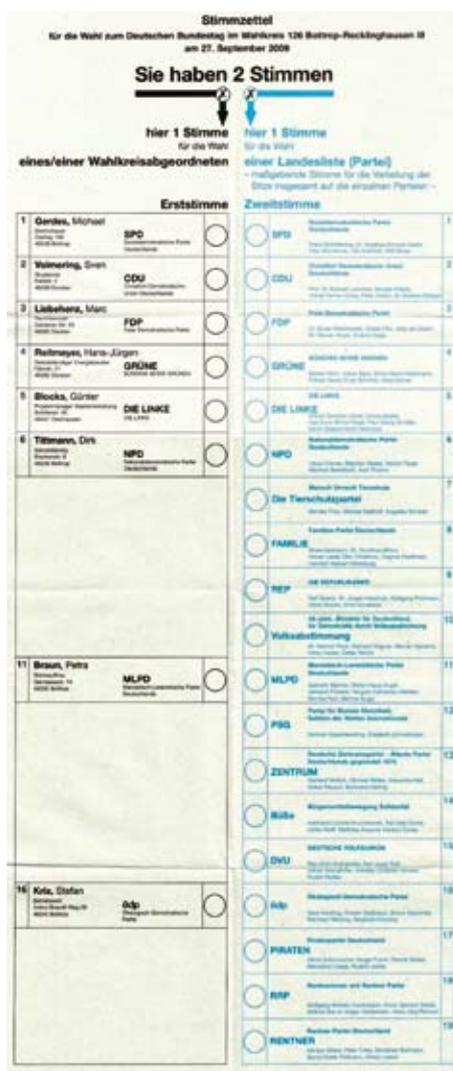
Max Knospe

Am 22. September 2013 waren 62 Millionen BundesbürgerInnen dazu aufgefordert, einen neuen Bundestag zu wählen. Zur Auswahl standen 30 Parteien mit jeweils eigenen Wahlprogrammen und politischen Forderungen. Der BSV nutzte die Wahlen dazu, friedenspolitische Anliegen auf die Agenda der BundestagskandidatInnen zu setzen und in die öffentliche Diskussion zu tragen. Dazu entwickelte der BSV eine Handreichung – sogenannte „Wahlprüfsteine“, die als Gesprächsgrundlage an Wahlkampfständen, für direkte Anfragen an die KandidatInnen oder auf der Plattform www.abgeordnetenwatch.de verwendet werden konnten.

Unsere Fragen berührten dabei Themen wie Waffenexporte, Bundeswehrwerbung an Schulen und die Stärkung von Strukturen ziviler Konfliktbearbeitung. Diejenigen, die die Wahlprüfsteine für Anfragen genutzt haben, haben wir gebeten, uns Rückmeldung zu geben. Im Folgenden werten wir die Antworten von PolitikerInnen aus sieben Parteien aus: CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE, FDP, Piratenpartei und AfD.

Waffenexportverbot

Ein zentrales Anliegen des Bund für Soziale Verteidigung ist die Abrüstung von Kriegswaffen und die Durchsetzung eines allgemeinen Waffenexportverbots. Zumindest sollten keine Waffen in Krisengebiete oder an Länder geliefert werden, die sie gegen die eigene Bevölkerung verwenden würden. Viele der befragten KandidatInnen stimmten zu, dass die jetzige Situation, mit Deutschland als drittgrößtem Waffenexporteur der Welt, problematisch ist. DIE LINKE positionierte sich ausnahmslos für ein kompromissloses, gesetzliches Verbot des Waffenexportes. Von den befragten SPD-PolitikerInnen sprach sich nur Ute Finckh-Krämer für ein grundsätzliches Exportverbot aus. Ihre KollegInnen betonten, dass zumindest ein restriktiveres Vorgehen als bisher bei Exporten in Krisengebieten geboten sei. KandidatInnen aus CDU und FDP hingegen erklärten, ein Exportverbot sei nicht hilfreich. Auch eine Verschärfung der Exportbestimmungen wurde von den befragten schwarz-gelben PolitikerInnen einhellig abgelehnt.



Stimmzettel zur Bundestagswahl (am Beispiel des Wahlkreises Darmstadt für 2009).

Die Bundeswehr – ein „gewöhnlicher“ Arbeitgeber?

In jüngster Zeit versucht die Bundeswehr sich zunehmend als „gewöhnlicher“ Arbeitgeber am Arbeitsmarkt zu positionieren. Uns vom BSV scheint besonders bedenklich, dass sie versucht, verstärkt auf junge Menschen Einfluss zu nehmen, indem sie Werbeveranstaltungen an Schulen abhält oder kostenfreie „Abenteuer-camps“ anbietet. Stimmen aus SPD, DIE LINKE, Piratenpartei und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN teilten unsere Besorgnis und betonten, eine einseitige Darstellung der Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands durch SoldatInnen an Schulen sei nicht akzeptabel. Um der Bedeutung der Friedensförderung gerecht zu werden, müssten, laut SPD-Kandidatin Edelgard Bulmahn, vielmehr „Themen der Frie-

dens- und Sicherheitspolitik Bestandteil des Lehrplans sein“. CDU, FDP und AfD hingegen pochten auf die Rechtmäßigkeit dieser Veranstaltungen, mit denen die Bundeswehr lediglich ihrer gesetzlich verankerten Informationspflicht gegenüber den BürgerInnen nachkäme.

Auslandseinsätze der Bundeswehr

Entsprechend fielen auch die Antworten zu aktuellen und künftigen Auslandseinsätzen aus. Hier war der allgemeine Tenor bei SPD und CDU, dass Auslandseinsätze bedauerlich seien, es aber manchmal keine Alternativen gäbe. Parteiübergreifend große Zustimmung fand die BSV-Forderung, die zivile Krisenprävention müsse gestärkt werden, um dem Frieden ein stabiles Fundament zu verleihen. Kathrin Madalo von der CDU betonte zwar, dass zivile Krisenprävention mit militärischen Fähigkeiten „verzahnt“ werden müsse, diese jedoch Vorrang vor militärischen Mitteln hätte. Michael Büker von der Piratenpartei hingegen sprach sich uneingeschränkt gegen Militäreinsätze aus und nannte zivile Konfliktprävention „das Mittel der Wahl“. Lediglich PolitikerInnen der Linken positionierten sich ähnlich konsequent gegen Auslandseinsätze, indem sie z.B. eine „Friedensfähigkeitsprüfung“ aller Regierungsaktionen forderten, wie Joachim Hanisch.

Diese Zusammenfassung dessen, was uns anhand der Wahlprüfsteine zurückgemeldet wurde, macht deutlich, dass die Bedeutung friedenspolitischer Themen bei allen Parteien angekommen ist. Die Stellungnahmen zeigen, dass keine Partei es sich leisten kann, die aktuellen Entwicklungen im Bereich ziviler Konfliktbearbeitung zu ignorieren. Es ist erfreulich, dass bei PolitikerInnen der Opposition und in geringerem Maße bei den (ehemaligen) Regierungsparteien, ein kritisches Bewusstsein für Rüstungsfragen und Auslandseinsätze besteht. Es bleibt zu hoffen, dass diese Haltung auch in eine (Anfang Dezember) wahrscheinliche Regierungskoalition zwischen CDU/CSU und SPD Eingang findet. Der BSV wird dies in jedem Fall kritisch beobachten.

Max Knospe war von Mitte Oktober bis Ende November Praktikant im BSV-Büro.

Neue Praktikanten stellen sich vor

Annika Gronau

Foto: Annika Gronau



Mein Name ist Annika Gronau, ich bin 23 Jahre alt und habe gerade meinen Bachelor in Erziehungswissenschaft gemacht. Ursprünglich wollte ich

Sozialpädagogin werden, aber nachdem ich in meinem Studium auch Kurse in Soziologie und Politik belegt und eine Grundausbildung zur Mediatorin absolviert habe, spiele ich jetzt mit dem Gedanken, in den NGO-Bereich zu gehen. Um mir ganz sicher zu werden, mache ich das Praktikum beim BSV. Ich wünsche mir, einen kleinen Einblick in die Arbeit einer NGO zu erhalten und mehr über die Themen Friedensarbeit und gewaltfreie Konfliktlösungen zu lernen. Außerdem erhoffe ich mir eine Orientierungshilfe für den Master.

In meinem Praktikum kümmere ich mich derzeit um anfallende Bürotätigkeiten wie Bestellungen und das Bearbeiten der Homepage. Außerdem recherchiere ich zum Thema „Kriegsdienstverweigerer und Pazifisten im Ersten Weltkrieg in Minden bzw. Ostwestfalen“, da sich 2014 der Ausbruch des Ersten Weltkriegs zum hundertsten Mal jähren wird. Darüber hinaus versuche ich, das Social Networking des BSV auszubauen. Neben der Pflege von Facebook, z.B. mit einem Adventskalender, habe ich einen Blog eingerichtet, mit dem wir jüngere Menschen ansprechen und für Frieden und soziales Engagement begeistern wollen.

Max Knospe

Hey, ich bin der Max Knospe, ich bin 24 Jahre alt und studiere Staatswissenschaften im letzten Semester an der Universität Passau. Meine Schwerpunkte sind

internationale Politik und Medien und Kommunikation. Zivile Konfliktforschung wurde in meinem Studiengang eher nebensächlich behandelt, Grund genug für mich, bei einem Praktikum beim BSV einmal auf eigene Faust in das Themenfeld hineinzuschnuppern. Vom Praktikum erhoffe ich mir neuen Input und vielleicht auch eine Entscheidungshilfe bei der Wahl meines Masters.

Beim BSV betreue ich das Büro, kümmere mich um den Versand von Bestellungen und um den Internetauftritt. Meine inhaltliche Arbeit umfasst bis jetzt die Auswertung der Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl, das Schreiben von Artikeln für die Website und die Übersetzung eines Webseminars aus dem Englischen.



Foto: Max Knospe

Die EU aus friedensbewegter Sicht

Roland Vogt

Es gab in der Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft (EG) eine Phase, in der sie mit Fug und Recht als Zivilmacht bezeichnet werden konnte.

Nachdem eine sehr heterogene Mehrheit der französischen Nationalversammlung das Projekt Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) 1954 zum Scheitern gebracht hatte, konzentrierte sich der westeuropäische Integrationsprozess auf die wirtschaftliche Sicherheit, auf „Wachstum und Wohlstand“. Die Regierungen der Mitgliedstaaten organisierten das, was sie „militärische Sicherheit“ nannten, in der NATO bzw. durch politische Abstimmung in den Gremien der Westeuropäischen Union (WEU). Die Urheber der Idee einer gemeinschaftlichen (west-)europäischen Verteidigung haben sie jedoch nie aufgegeben.

Dabei kam ihnen entgegen, dass die DurchschnittseuropäerInnen wohl der

Vorstellung folgen konnten, die nationalen Streitkräfte der EG-Mitgliedsstaaten irgendwann zu einer gemeinsamen Streitmacht zu verschmelzen. Heute wird das als kostensparendes „Pooling and Sharing“ angepriesen, wobei die dynamisierenden Effekte des Militäraufbaus für eine künftige Großmacht übersehen werden. Schwer zu vermitteln war demgegenüber die Vision, die Proklamation der Europäischen Union mit der Abrüstung der nationalen Streitkräfte der Mitgliedstaaten bei gleichzeitigem Verzicht der EU auf eine europäische Streitmacht zu verbinden. Oder wenigstens darauf hinzuwirken, die nationalen Streitkräfte, statt sie zu etwas Neuem zu verschmelzen, weitgehend abzurüsten und Restkontingente vollständig unter UN-Oberbefehl zu stellen.¹

Dafür, die militärischen Instrumente durch Instrumente ziviler Konfliktbearbeitung abzulösen, fehlte es lange Zeit

an kollektiver Phantasie, Alternativenbewusstsein und konkreter Anschauung. Ein verborgenes Motiv der treibenden Kräfte für eine Militärmacht EU war auch das Streben nach Emanzipation von den USA. Aber was ist das für eine Emanzipation, wenn ich die Handlungsmuster dessen, den ich überwinden will, einfach übernehme?

Die eine Supermacht des Kalten Krieges, die Sowjetunion, ist ganz wesentlich an militärischer Überdehnung gescheitert. Die andere, im Wahn, einzig verbliebene Supermacht zu sein, hat nach atemberaubendem Kontrollverlust ihren Zenit als Supermacht überschritten und ihren Kredit als globale Ordnungsmacht verspielt. Wenn daraus die gestaltenden Kräfte der EU nichts lernen und stattdessen mit der „Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GSVP) die Weichen für eine neue Militärgroßmacht nach altem Muster stellen, muss das für friedensbe-

wegte europäische AktivbürgerInnen maßlos peinigend sein.

Ist der Vorgang der Militarisierung unumkehrbar? Schwer zu sagen. Der Sachstand ist, dass der Zahl nach die zivilen „Missionen“ die militärischen weit überwiegen (von den derzeit 14 Einsätzen sind nur 4 militärisch). In der institutionellen und finanziellen Ausstattung hingegen ist der Ausbau militärischer Instrumente denen zur zivilen Prävention und Bearbeitung von Konflikten aber haushoch überlegen.

Was können wir da tun? Zunächst: den Fall zum Thema machen. Das hat z.B. das Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung (IFGK) am 12. Oktober 2013 auf seinem Studientag unter einer doppelten Fragestellung getan: „Warum nicht zivil? - Ist der Friedensnobelpreisträger EU auf dem Weg zur Militärmacht noch zu stoppen?“ Die Plattform für Zivile Konfliktbearbeitung hat sich ebenfalls des Themas angenommen. Und die Wahlen zum EU-Parlament 2014 werden neue Gelegenheit geben, die fortschreitende Militarisierung der EU infrage zu stellen..

Lobbying im Rahmen des zivilen, nicht-militärischen Friedensbegriffs wird u.a. vom „European Peacebuilding Liaison Office“ (EPLO) betrieben, das von einer



Grafik einer Kampagne aus dem Jahr 2005.



Herman Van Rompuy (Rat), José Manuel Barroso (Kommission) and Martin Schulz (Parlament) erhalten den Friedensnobelpreis für die Europäische Union (EU) in der Stadthalle von Oslo am 10. Dezember 2012.

Foto: Ken Opprann/Nobel-Stiftung

Reihe europäischer Organisationen, die sich der Zivilen Konfliktbearbeitung verschrieben haben, finanziert wird. Beim Studientag des IFGK und bei einer Veranstaltung mit der Plattform für Zivile Konfliktbearbeitung in Berlin erläuterten Mitarbeiterinnen von EPLO die Rolle der EU als „peacebuilding actor“ und die Versuche des Verbindungsbüros, auf EU-Entscheidungen Einfluss zu nehmen und dort v.a. friedenspolitische Innovationen zu lancieren.

Beim Studientag des IFGK in Aachen zeigte ein ehemaliger EPLO-Mitstreiter und heutiger Mitarbeiter der EU-Kommission sehr anschaulich Möglichkeiten auf, wie sich zivilgesellschaftliche Akteure im Institutionen-Gestrüpp der EU zurechtfinden und auch Fördermittel für ihre Projekte losreisen können. Ein Teilnehmer fand das hinterher „gruselig“. Vielleicht, weil er unvermutet mit dem ganz spezifischen Brüsseler Soziotop konfrontiert worden war. Neuigkeiten? Ja, es gibt eine von skandinavischen Regierungen unterstützte Initiative aus dem Europäischen Parlament, der europäischen Rüstungsagentur und den anderen Institutionen des Militäraufbaus ein „Europäisches Friedensinstitut“ an die Seite zu stellen, in dem Vorschläge zur zivilen Konfliktbearbeitung und Prävention entwickelt werden sollen. Dafür wurden im Auftrag des EU-Parlaments inzwischen zwei Machbarkeitsstudien erstellt, eine zum Bedarf für eine solche Institution und eine weitere zur Kosten-Nutzen-Relation, beide mit positivem Ergebnis. Bisher gibt es dafür aber noch kein Budget. Der Fall zeigt eindeutig: Es herrscht in der EU

keine „Waffengleichheit“ zwischen Institutionen und Mittelausstattung für militärisches und ziviles Austragen von Konflikten. Denn als die Institutionen und die Finanzausstattung für die EU-Militarisierung geschaffen wurden, bedurfte es soweit bekannt keiner Machbarkeitsstudien.

Auch der BSV konnte schon Erfahrungen machen, wie kompliziert die Mühlen der EU-Administration manchmal mahlen.

Schlussfolgerung? Die EU als solche folgt alten sicherheitspolitischen Denkstrukturen. Was fehlt, ist der Primat einer Friedenslogik, der die bisher alles durchdringende Sicherheitslogik ablöst.² Ob das auf dem Weg durch die Institutionen zu erreichen ist, muss angesichts der Absorptionskraft der EU-Institutionen bezweifelt werden.

Die Friedenbewegung sollte sich deshalb mit den zunehmend rebellierenden sozialen Bewegungen inner- und außerhalb der EU mit dem Ziel verbünden, die EU durch gewaltfreien Systemwandel friedentauglich zu machen.

1 Roland Vogt, Zivile Weltordnung oder militärischer Interventionismus, Blätter für deutsche und internationale Politik 8/1993, S. 960-971

2 Hanne-Margret Birckenbach, Friedenslogik statt Sicherheitslogik. Gegenentwürfe aus der Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Frieden 2/2012, S. 42-47

Roland Vogt war von 1983 bis 1985 Abgeordneter im Deutschen Bundestag für Die Grünen, 1989 Mitgründer und zeitweise Vorsitzender des BSV sowie von 1991 bis 2006 brandenburgischer Konversionsbeauftragter und ist IFGK-Mitarbeiter.

„Friedens(t)räume schaffen!“

Programm der BSV-Tagung am 14.-16.03.2014 in Minden

Freitag, 14. März 2014

- 11.00 World-Café
- 18.00 Ankommen, Abendessen
- 19.30 Eröffnung der Tagung
- 20.00 Vortrag „Keine Zeit für Utopien?": Andreas Gross (Schweiz)
- 21.00 Diskussion im Plenum und Kleingruppen

Samstag, 15. März 2014

- 09.00 Begrüßung
- 09.15 Panel „Herausforderungen, Utopien und Wandel in der Friedensbewegung": Reiner Braun, IALANA; Prof. Dr. Andreas Buro, Komitee für Grundrechte und Demokratie; Dr. Christine Schweitzer, BSV
- 10.30 Pause

- 11.00 World-Café
- 12.30 Mittagspause
- 14.00 Arbeitsgruppen
- „Die Bausteine zu einer friedlicheren Welt“:**
 - 1: Rüstung und Militär abschaffen – Strategien gegen Krieg und Gewalt (Renate Wanie)
 - 2: Eine Gesellschaft ohne Rüstung und Militär – welche Anforderungen an Konversion stellen sich? (Roland Vogt)
 - 3: Anders wirtschaften, Umwelt bewahren, anders zusammenleben (N.N.)
 - 4: Konflikte international gewaltfrei transformieren, gerechte Entwicklung (Andreas Dieterich)
 - 5: Eine friedlichere Gesellschaft schaffen – Zivile Konfliktbearbeitung in Deutschland (Bernhard Nolz)

- 16.30 Pause
- 17.00 Präsentation der AG-Ergebnisse
- 18.30 Abendessen
- 20.00 25 Jahre Bund für Soziale Verteidigung

Sonntag, 16. März 2014

- 09.00 Podium „Alles schön und gut, aber ..."? Empowerment zu zivilgesellschaftlichem Handeln: Ute Finckh-Krämer, Uli Wohland, Renate Wanie, Sarah Roßa, Helga oder Konrad Tempel
 - 10.45 Ende
- (Danach folgt die Mitgliederversammlung des BSV.)

Anmeldung zur BSV-Tagung „Friedens(t)räume schaffen!“

Name:

Org.:

Straße:

Ort:

Telefon:

E-Mail:

- Ich/wir nehme/n an der Mitgliederversammlung des BSV am Sonntag teil.
- Ich/wir möchte/n zwei Übernachtungen
- im 3-Bett-Zimmer: 98 €
- im 2-Bett-Zimmer: 110 €
- im Einzelzimmer: 122 €
- Falls die gewünschte Zimmerkategorie nicht zur Verfügung steht, bin ich auch mit einer Unterbringung im Mehrbettzimmer einverstanden. (Der BSV wird versuchen, alle Wünsche zu erfüllen. Aber Einzel- und Doppelzimmer stehen nur in sehr beschränkter Anzahl zur Verfügung.)

- Besondere Essenswünsche: _____
 - Den Teilnahmebeitrag habe ich auf das Konto des BSV überwiesen. (Sparkasse Minden-Lübbecke, Stichwort: Tagung 2013, BLZ 49050101, Kto-Nr: 89420814)
 - Den Teilnahmebeitrag bezahle ich bar vor Ort.
- Ich nehme zur Kenntnis, dass bei einer Absage nach dem 1. März den vollen Teilnahmebeitrag zahlen muss.

Ich/wir melde/n mich/uns verbindlich mit _____ Personen an.

Anreise am _____ März um _____ Uhr.

Abreise am _____ März um _____ Uhr.

Datum, Unterschrift